

CDU-Fraktion		Drucksache Nr. A/16/1810-02	Termin 04.07.2016	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>				öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*		Ergebnis	Beschluss-kontrolle*	
04.07.2016	Rat der Stadt	B				
08.09.2016	Umweltausschuss	K				
14.09.2016	Bezirksvertretung Alt-Oberhausen	K				

Beratungsgegenstand

Antrag der CDU-Fraktion zur Etablierung eines bürgernahen Serviceangebotes und zur gleichzeitigen Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Alt-Oberhausener Innenstadt

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird unter Einbeziehung des Polizeibeirates beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, gemeinsam mit der Polizei ein Konzept zu entwickeln, das zum Ziel haben soll, eine gemeinsame Wache von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst an der Marktstraße zu etablieren.

Vorsitzende CDU-Fraktion Stehr 30.08.2016	Vorsitzender CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen Nakot 30.08.2016
---	--

CDU- Fraktion	Drucksache Nr. A/16/1810-02	Termin 04.07.2016	Rat der Stadt
--------------------------	--	------------------------------	----------------------

Begründung

Das Sicherheitsgefühl ist bei Menschen sehr unterschiedlich ausgeprägt und entwickelt. Dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Innenstadt Alt-Oberhausen ein verhältnismäßig großes Unsicherheitsempfinden haben, belegen die Ergebnisse der statistischen Erhebung „Bürgermeinung 2014“ im Segment Kriminalität jedoch sehr deutlich. Hier geben 11,4 Prozent der Alt-Oberhausener Kriminalität als das „größte Problem“ an. In Sterkrade sind es nur 6,1 Prozent, in Osterfeld nur 5,7 Prozent.

Um das Sicherheitsbedürfnis und damit auch das Gefühl für die Bürgerinnen und Bürger in Alt-Oberhausen zu stärken, ist es aus Sicht der CDU-Fraktion notwendig, die Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst zu erhöhen. Durch eine gemeinsame Wache von Polizei und Ordnungsamt, angesiedelt an der Marktstraße, könnte Bürgernähe hergestellt werden. Zudem könnten Bereiche der Polizei, die nah bei den Bürgerinnen und Bürgern angesiedelt sein sollten (wie z. B. der Bereich Prävention) u. a. in der neuen gemeinsamen Wache untergebracht werden.

Wir bitten daher die Verwaltung und den Oberbürgermeister darum, sich in Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Polizei für die Etablierung einer solchen Wache einzusetzen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.